

# Gruppe für Menschenwürde in der Sozialhilfe (GMS-BERN)

GMS-BERN ist eine unabhängige Gruppe von Fachleuten des Sozialwesens im Kanton Bern zum Schutz der Würde von sozial benachteiligten Menschen.

Gesundheits- und Fürsorgedirektion des  
Kantons Bern  
Rechtsamt  
Rathausgasse 1  
3011 Bern  
info.stellungnahmen@gef.be.ch

Bern, 24. August 2016

## Konsultation zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

GMS-BERN hat mit grosser Sorge von der Stossrichtung der Revision des Sozialhilfegesetzes Kenntnis genommen. Aus diesem Grund hat GMS-BERN entschieden, im Rahmen der Konsultation Stellung zu nehmen und dankt Ihnen für die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Frage zu Punkt 2 Neues Anreizsystem  
**Wir lehnen das vorgeschlagene Modell ab.**

Wenn Mitmenschen von der sozialen Teilnahme und Teilhabe ausgeschlossen werden, erschwert das deren soziale und berufliche Integration. Wir erachten es als geradezu zynisch, wenn im Zusammenhang mit reduzierter materieller Hilfeleistung von einem Anreiz zu rascherer Integration gesprochen wird. Das Menschenbild hinter dieser Betrachtungsweise ist erniedrigend und entwürdigend. Absolut unverständlich und besonders fatal ist, dass auch Kinder von den Kürzungen betroffen sein sollen. Gerade sie sind besonders zu fördern, damit sie eine Perspektive haben, in Zukunft ohne Sozialhilfe leben zu können.

Die Revision würde den Steuerzahler ausserdem teuer zu stehen kommen. Kostentreibend würde sich einerseits die verlängerte Bezugsdauer durch die erschwerte Integration auswirken. Andererseits würden die neuen Bestimmungen und Abweichungen zu einem bedeutend höheren administrativen Aufwand führen. Das widerspricht einer zweckvollen und sparsamen Verwendung der eingesetzten Gelder.

Die SKOS hat vor kurzem beschlossen, ihre Richtlinien von der SODK verabschieden zu lassen. Zudem hat sie die Höhe der Leistungen in der Sozialhilfe gekürzt. Würde der Kanton Bern nun mit dieser Revision aus den SKOS-Richtlinien ausscheren, käme das einem Rückschritt in die Zeit der Armenjagden gleich. Er würde damit das Tor öffnen für ein ‚Jekami‘ von Kantonen und Gemeinden auf dem Buckel der Schwächsten unserer Gesellschaft. Es ist absolut unverständlich, weshalb der Kanton Bern eine Lösung vorschlägt, die von anderen Kantonen nicht angewendet wird und in den SKOS-Richtlinien nicht vorgesehen ist. Der Kanton Bern würde damit in keiner Weise zur Harmonisierung der Sozialhilfe in der Schweiz beitragen.

Frage zu Punkt 2.1 Einstiegsphase

**Wir lehnen die vorgeschlagene reduzierte Unterstützungshöhe ab.**

Gerade Personen, die neu auf Sozialhilfe angewiesen sind, haben in der Regel das grösste Potential, dass sie wieder in eine finanzielle Autonomie zurück finden. Sie sollten daher auf keinen Fall schlechter behandelt werden als Personen, die seit längerer Zeit auf materielle Unterstützung angewiesen sind. Im Gegenteil muss in diese Personen investiert werden, damit sie möglichst rasch wieder von der Sozialhilfe wegkommen. Dies bedingt auch, dass die Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft gewährt bleiben. Finanzielle Probleme führen nachweislich zu gesundheitlichen Problemen (insbesondere psychischer aber auch physischer Art) und sind daher keineswegs integrationsfördernd und in diesem Sinne nicht zielführend.

**Da wir die Reduktion bei der Einstiegsphase der Unterstützung ablehnen, lehnen wir auch die Dauer und die vorgeschlagenen Ausschlussgruppen ab.**

Frage zu Punkt 2.2 Junge Erwachsene

**Wir lehnen das vorgeschlagene Unterstützungssystem für junge Erwachsene ab.**

Wir sind grundsätzlich wie bereits dargelegt der Ansicht, dass gerade eine Kürzung in der Einstiegsphase kontraproduktiv ist. Entsprechend sollten auch junge Erwachsene keine weiteren Kürzungen erfahren. Die Möglichkeit der sozialen Teilhabe ist gerade für junge Erwachsene in schwierigen Situationen wichtig. Eine Anpassung der Unterstützung für junge Erwachsene ist im übrigen bereits durch die SKOS erfolgt.

Frage zu Punkt 3 Unterstützungssystem für vorläufig aufgenommene Personen

**Wir lehnen das vorgeschlagene Unterstützungssystem für VA7+ ab.**

Der Vorschlag ist eine reine Sparmassnahme auf dem Buckel der Betroffenen, die sich weder sachlich noch moralisch begründen lässt. Zu den Betroffenen zählen oft Kinder, die bereits heute schon viel Leid und Entbehrenungen durchmachen müssen.

Wir bitten Sie, unsere Vernehmlassungsantwort zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

GMS-BERN

c/o Markus Troxler, Sonneggweg 11, 3008 Bern  
T 031 372 63 68 Mail [troxler.bern@bluewin.ch](mailto:troxler.bern@bluewin.ch)